

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

### Die Lage des Verbandes

Der Kollege Einig hat recht: Die Lage fordert auch von uns Entschlüsse. Im Augenblick, da diese Zeiten ins Sand hinausgehen, sind Verbandsvorstand, Ausschuss und Bezirksleiter in Berlin versammelt. Ohne ihren Beschlüssen vorzugreifen, glauben wir doch schon sagen zu können, dass auch wir um die Abhaltung eines außerordentlichen Verbandstages nicht herumkommen. Es wäre erwünscht, wenn mehr Kollegen ihre Meinung hier darlegen wollten. Die Schriftleitung.

Das Jahr 1925 brachte uns Bauarbeitern schwere Kämpfe. Schier lebensgefährlich erschien jaghaften Gewütern manchmal die Situation. Jedoch der alte Opfergeist und traditioneller Latendrang siegten über alle Kleinlichen Bedenken. Nicht nur konnten wir die Lohnabbaubestrebungen der Schwerindustrie und unserer eigenen Unternehmer abwehren. Es war uns auch möglich, ganz erhebliche Lohnaufbesserungen durchzusetzen.

Ueber diesen Erfolgen dürfen wir aber nicht übersehen, daß die Wirtschaftskrise, die insbesondere im Laufe des November einsetzte, die Bauarbeiter und ihre Organisationen finanziell sehr zurückwarf. Eine Arbeitslosigkeit hat seit dieser Zeit das Baugewerbe befallen, wie sie kaum schlimmer nach der Stabilisierung unserer Währung im Herbst 1923 in der Erscheinung trat. Die vielen zehntausende Mark von Arbeitslosenunterstützung, die wir laut Satzung zahlen mußten, fehlen uns jetzt im Frühjahr und Sommer für die eigentlichen Aufgaben unserer Organisation. Dennoch habe ich manchmal das Empfinden, als ob ein Teil unserer Mitglieder kein Verständnis für diese Tatsache aufbringen kann. Zu sehr, das ist zugegeben, hat die Not der Zeit den Blick unserer Kollegen getrübt. Von solchen Stimmungen kann und darf sich die verantwortliche Führung des Verbandes nicht leiten lassen. Sie trägt die Verantwortung nicht nur für den Verband als solchen, sondern auch für die ihr anvertrauten Interessen der Mitglieder und damit zugleich für das Wohlergehen der Familien unserer Kollegen. Es gilt daher, frühzeitig Ausschau zu halten, was zu tun ist, um die finanzielle Stoffkraft unseres Verbandes zu stärken. Der „Deutsche Baugewerksbund“ plant eine wesentliche Beitragserhöhung, um das durch die Arbeitslosigkeit und die Kämpfe im vergangenen Jahre entstandene Loch in der Hauptkasse wieder zu stopfen. Man kann über diese Maßnahme geteilter Meinung sein. Jedoch werden auch wir in unserem Verband nicht daran vorbeikommen, in dieser Frage etwas zu tun, einmal, um gegenüber unserem Konkurrenzverband nicht ins Hintertreffen zu geraten, zum anderen, um bei kommenden Angriffen der Arbeitgeber gewappnet zu sein. Letzten Endes ist der finanzielle Unterbau der Bauarbeiterorganisationen entscheidend für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe. Wenn diese Finanzverhältnisse nach dem Verlauf und der Entwicklung der letzten Jahre noch nicht einleuchtet, dem ist nicht zu helfen.

Vielmehr ist die Ansicht bei unseren Mitgliedern vorhanden, daß, weil die Vereinbarung über die Lohnregelung in diesem Jahr Streiks und Ausperrungen ausschließt, der Hauptkasse größere Ausgaben nicht erwachsen würden. Hierbei wird ganz übersehen, daß die Vereinbarung nur den Lohn regelt, während die Hauptstreitfragen: Arbeitszeit, Ferien, Kollaborierlohn, Gehaltssteigerung und Poliervertrag gänzlich ungeklärt sind. Es ist also ein Trugschluss, wenn unsere Kollegen meinen, Kämpfe seien überhaupt ausgeschlossen. Nein, so liegen die Dinge nicht. Wer gibt uns die Gewähr, daß wir trotz dieser Vereinbarung nicht gezwungen sind, hier und da in der Lohnfrage durchzugreifen, z. B., wenn die Unternehmer einen Schiedspruch sabotieren. Dazu kommt, wie gesagt, der Rindstoss, der in den genannten Hauptstreitfragen angehaust ist. Aber selbst wenn die Unternehmer hier nicht aggressiv vorgehen — sind unsere Kollegen gewillt, hinsichtlich Arbeitszeit und Ferien sich die jetzigen unhaltbaren Zustände dauernd gefallen zu lassen? Ich glaube, davon ist jeder durchdrungen, daß, wenn man uns nicht im Guten in diesen Fragen Zugeständnisse macht, wir eben darum kämpfen müssen. Aber seien wir doch ehrlich. Bestehen wir für entscheidende Kämpfe auch die nötigen finanziellen Mittel, um sie siegreich anzutragen? Wenn nein, dann wäre es eine Pflichtvergeßlichkeit sondergleichen, wenn wir da nicht bei Zeiten Mittel und Wege suchen, um das Nützliche für die kommenden, sicherlich schweren Kämpfe uns zu schaffen. Aber selbst für den Fall, daß dieses Jahr uns keine größeren Anwendungen für Streiks und Ausperrungen auferlegt, wären wir nach meinem Dafürhalten doch verpflichtet, größte Anstrengungen zu machen, um endlich wieder stabile finanzielle Verhältnisse in unserem Verband zu schaffen. Ich bin davon überzeugt, daß die Arbeitgeber im Baugewerbe uns in der Arbeitszeit- und

Ferienfrage nicht die geringste Konzession machen werden. Dafür sorgen schon die Großindustrie und die Kartelle. Meiner Ansicht nach wird gerade um diese beiden Fragen in den nächsten Jahren schwer gekämpft werden. Wehe uns Bauarbeitern, wenn wir dann die Unterlegenen sind! Die letzten Jahre haben uns zur Genüge gezeigt, daß wir auf die Hilfe des Staates und der Allgemeinheit nicht zu rechnen brauchen, es sei denn, daß wir selbst die größten Anstrengungen machen; dann greifen schließlich die Schlichtungsinstanzen ein. Also wie wir es auch ansehen, stets drängt sich uns die Notwendigkeit auf, für die Stärkung der Finanzkraft des Verbandes das Menschenmögliche zu tun.

Wie ist nun unsere Hauptkassenzu stärken? Der nächstliegende Weg ist der der Beitragserhöhung. Der „Baugewerksbund“ kann sich auf Grund seiner Mitgliedszahlen vielleicht dieser Sprung nach oben erlauben. Ob wir dieses so ohne weiteres können, möchte ich hier nicht untersuchen. Jedenfalls tun wir gut, wenn wir die Dinge sehen wie sie sind, und nicht wie sie sein wollen. Als im vergangenen Jahre unser Verbandstag in Karlsruhe beschloß, die erhöhten Beiträge beizubehalten, da bedurfte es hier und da noch mancher Ueberredungskunst, um die Mitglieder von der Notwendigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen. Ob wir jetzt, nachdem das Gros unserer Mitglieder monatelang arbeitslos war, eine nochmalige Erhöhung der Beiträge ohne größeren Mitgliederverlust ertragen werden, bleibt abzuwarten. Dennoch muß nach meiner festen Ueberzeugung etwas geschehen. Ich würde der Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung gegenüber einer Beitragserhöhung den Vorzug geben. Damit würden sich die Kollegen wohl eher abfinden, als mit einer weiteren Steigerung der Beiträge. Ich halte die Frage für wichtig genug, um vor der Entscheidung in den einzelnen Verwaltungsstellen und Bezirken die Stellung unserer Mitglieder dazu zu erörtern. Soweit ich in meinem Verwaltungsbereich die Möglichkeit hatte, mit den Kollegen darüber Rücksprache zu nehmen, stellte ich fest, daß die Mehrzahl meiner Ansicht zustimmt und also die Arbeitslosenunterstützung abbauen und die jetzige Beitragshöhe belassen will. Wenn von unserem Hauptverband vielleicht darauf verwiesen wird, daß der „Baugewerksbund“ sich zu einer Beitragserhöhung aufschwinge, so muß dazu gesagt werden, daß derselbe die übergroße Mehrzahl seiner Mitglieder in Gebieten hat, wo wir wenig in Frage kommen. In diesen seinen Hochburgen wird der

Druck auf den Arbeitsstellen schon dafür sorgen, daß die erhöhten Beiträge hereinkommen, so daß er ganz gut einen etwaigen Mitgliederverlust in Rheinland und Westfalen ertragen kann. Ob wir dieses Risiko auch übernehmen können, scheint mir doch sehr fraglich. Immerhin läßt sich über eine kleine Beitragserhöhung vielleicht reden.

Es kommt aber noch ein weiteres Moment hinzu. Angenommen, die Kündigung der jetzigen Löhne durch die Arbeitgeber zum 31. März führte zu Lohnherabsetzungen — wird dann eine Beitragserhöhung mit Genehmigung oder auch nur gleichmütig hingenommen werden? Ich möchte es bezweifeln. Deshalb halte ich es für ratsam, daß Verbandsvorstand und Verbandsausschuss im Verein mit den Bezirksleitern diese Frage genau prüfen, ehe sie sich endgültig entscheiden. Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß das Frühjahr, welches stets für die Agitation in unserem Beruf die beste Zeit war, benutzt werden muß, um auch die Mitgliederzahl in die Höhe zu schrauben. Nur dann werden wir in dieser Hinsicht durchschlagende Erfolge erzielen, wenn unsere Vertrauensleute und Mitglieder mit ganzer Liebe und inniger Hingabe an die Arbeit gehen. Wenn aber neben der wirtschaftlichen Not, die fast alle unsere Bauarbeiter erfaßt hat, eine Beitragserhöhung hinzutritt, dann wird zweifellos die Agitationsfreudigkeit gelähmt werden.

Aus all diesen Gründen heraus halte ich es für ratsam, daß, obgleich sicherlich unsere Hauptkasse sehr geschwächt ist, dennoch eine außerordentliche Generalversammlung über diese Frage entscheidet. Die Kritik, die im vorigen Jahre nach der damaligen Beitragserhöhung einsetzte, daß Verbandsvorstand- und Ausschuss nicht berechtigt seien, für längere Zeit eine Beitragserhöhung zu beschließen, hat zu manchen Mitgliederverlusten geführt. Halten wir uns daher auch in diesem Punkte streng an unsere Verbandsstatuten und lassen wir die oberste Instanz entscheiden. Dann dürfte der Beschluß, ganz gleich wie er lautet, auch ohne große Schwierigkeiten durchzuführen sein. Vor wie nach aber mögen sich alle Mitglieder stets das eine vor Augen halten, daß wir alles tun müssen, was notwendig ist, um unsere Organisation über die Jahrgänge der nächsten Zeit glücklich hinwegzubringen. Und dazu gehört Geld, Geld und nochmals Geld. Beherrigen wir die alte Wahrheit: „Ohne Mühe kein Preis“, und „Durch Kampf zum Sieg“.

### Stegerwald zur Bau- und Siedlungspolitik

Bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums im Reichstag hielt Kollege Stegerwald als Sprecher der Zentrumspartei eine groß angelegte Rede. Befehlers eingehend verbreitete sich Kollege Stegerwald über die Fragen der Bau- und Siedlungspolitik. Wir geben diesen Teil seiner Ausführungen nachstehend wieder. Die Schriftleitung.

Ein Antrag meiner politischen Freunde verlangt, daß für mehrere Bauperioden ein größerer Kredit aufgenommen werden möge. Ob das in Form eines Auslandskredits geschehen soll, oder ob diese Mittel sich anderweitig beschaffen lassen, darauf haben wir uns nicht kapriziert. Wir waren, weil man, wenn man bauen will, nicht von einem Tag zum andern arbeiten kann, sondern sich einen bestimmten Plan im voraus zurechtlegen muß, der Meinung, daß sich die Mittel kaum auf dem inneren Markt werden gewinnen lassen, die für

#### die Förderung des Wohnungswesens

und für die Belebung des Baumarcktes eine absolute Notwendigkeit sind. Wenn ausländische Mittel in Frage kommen, dann sollen diese nach unserem Vorschlag mit etwa 10 Prozent verzinst und amortisiert werden. Zinsen und Amortisation sollen aus dem Betrag entnommen werden, der uns gegenwärtig aus der Hauszinssteuer zur Verfügung steht.

Son anderer Seite ist vorgeschlagen, die ganze Hauszinssteuer für Wohnungszwecke zu verwenden. Dieser Vorschlag stößt auf zwei Bedenken. Einmal wissen die Länder und Gemeinden dann nicht, wofür sie plötzlich die fehlende Milliarde zur Ausgleiche ihres Haushalts für Wohlfahrts- und Kulturzwecke nehmen sollen. Zweitens würde, wenn heute die ganze Hauszinssteuer von 1 1/2 bis 1 3/4 Milliarden Mark für Wohnungsbau verwendet wird, hinsichtlich der Erhaltung des Wohnungswesens die Gegenwart rechtlos zugunsten der Zukunft belastet werden. Früher hat man auch nicht in der Gegenwart für die Zukunft gebaut. Früher hat man in der Hauptfrage die Zukunft mit dem belastet, was man für den Augenblick gebaut hat, indem man Kredite aufnahm und den größten Teil der Rücknahmen als Zinsen für diese Kredite zahlte. Inwiefern stimme ich mit dem Programm, das der Herr Reichs-

finanzminister entwickelt hat, überein, als er sagte, es geht nicht an, daß wir in der Gegenwart eine ganze Reihe von Ausgaben machen, durch die die Gegenwart zugunsten der Zukunft belastet wird, sondern wir müssen Wege suchen, auf denen mit Anlagem, die als werdend angesprochen werden können, die Zukunft belastet wird. Ich sage also: einer der größten Krebsgeschäden in unserer Wirtschaft der Gegenwart besteht darin, daß langfristige Anleihen fast nicht zu erhalten sind, daß Eisenbahnbauten, Postbauten, Straßenbauten, Straßenbahnwagen usw. aus laufenden Einnahmen hergestellt werden. Das bedeutet, daß die Gegenwart auf allen Gebieten wie ein Päckchen zugunsten der Zukunft belastet wird.

Unsere Sozialisten, von denen ich vorher sprach, daneben auch die Kriegslasten wären ohne Krieg um etwa 3 Milliarden geringer als heute; denn von den 1,1 Milliarden, die wir heute für unsere Krankenversicherung verausgaben, entfällt ein ganz großer Teil auf den Krieg und seine Folgen. Außerdem würden wir etwa 1,25 Milliarden Mark für Kriegsbeschädigtenfürsorge sparen sowie für Offizierspensionen, Eisenbahnbeamte, Postbeamte und andere Staatsbeamte hätten nicht in dem großen Maße abgebaut zu werden brauchen. Kurz: wir sind gegenwärtig allein aus dem Krieg und den Kriegswirungen ohne Reparationen mit 3 Milliarden Mark jährlich belastet. Unter solchen Umständen können wir nicht den ganzen Wohnungsbau und die ganzen werdenden Anlagen auf die Gegenwart abwälzen, sondern es müssen Mittel und Wege gesucht werden, wie die Zukunft zugunsten der Anlagen, die ihr zu statten kommen, zu belasten ist. Das gilt auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens.

Gegenwärtig werden aus der Hauszinssteuer etwa 700 Millionen Mark jährlich für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Wenn man nach unserem Antrag für ein Bauprogramm von mehreren Jahren

eine Auslandsanleihe von 1 Milliarde Mark aufnehmen und sie für erste Hypotheken verwenden würde, dann würde das bedeuten, daß wir, weil die Verzinsung

und die Amortisation aus dem Anteil der Hauszinssteuer genommen werden sollen, etwa 1 Milliarde Mark für erste Hypotheken belämen, und daß noch 600 Millionen Mark aus der Hauszinssteuer für zweite Hypotheken verblieben. Meine politischen Freunde sehen gegenwärtig keinen andern Weg für die Beschaffung erster Hypotheken; denn es ist total falsch, zu glauben, daß gegenwärtig sich von Jahr zu Jahr steigende Mittel für die ersten Hypotheken gewinnen ließen. Das Umgekehrte ist der Fall. Ich habe verschiedentlich mit dem preussischen Wohnungswirtschaftsminister und mit anderen Stellen darüber gesprochen. Alle diese Stellen sagen übereinstimmend: der Preis der Menschen, die Mittel für erste Hypotheken haben, ist in den letzten zwei Jahren seit der Stabilisierung nicht größer, sondern kleiner geworden. Dadurch, daß in vielen Bezirken ein außerordentlich großer Wohnungsnot herrscht, ist in den letzten zwei Jahren aus eigenen Mitteln verhältnismäßig viel für Wohnungszwecke zur Verfügung gestellt worden, und die Mittel, die heute noch da sind, werden in starkem Maße für die übrige Wirtschaft gebraucht, werden also dem Wohnungsbau nicht zur Verfügung gestellt. Ohne daß Mittel für die ersten Hypotheken zur Verfügung stehen, sind schöne Bauprogramme Luftschlösser, die weder den Arbeitslosen noch den Wohnungssuchenden etwas nützen können.

Damit aber nicht durch kräftige Inanspruchnahme des Baugewerbes die Baupreise und die Baupreise in ungerechtfertigter Weise in die Höhe schnellen, sehen die Vorschläge meiner politischen Freunde vor, daß dem Steinbau stark Konkurrenz gemacht werden soll durch Erziehung von Lehm-, Zement-, Stempelmajennbau, sowie durch Stahlhäuser und durch Holzhäuser. In England ist man in den letzten Jahren in der Bekämpfung der Wohnungsnot sehr weit vorangekommen. Es sind dort viele Zehntausende von Holzhäusern entstanden, Häuser mit Stahlplatten usw. Ueber den Holzbau herrscht in Deutschland eine ganz falsche Vorstellung. Es ist nicht richtig, daß Holzhäuser nur 30 bis 50 Jahre bewohnbar sind. Holzhäuser mit Steinsockel erfordern bei richtiger Behandlung weniger Reparaturen als Steinbauten und sind nach dem Urteil aller Sachverständigen 75 bis 100 Jahre und darüber bewohnbar.

Weiterhin ist zur Verbilligung des Wohnungswesens eine

**größere Normalisierung und Typisierung** notwendig. Es ist durchaus nicht erforderlich, daß für jedes Häuschen eine besondere Zeichnung gemacht wird, daß jedes kleine Haus besondere Türen- und Fenstermaße hat, daß die Türen- und Fensterbeschläge bis zur Bewußtlosigkeit individualisiert werden.

Es ist sehr wohl möglich, für Häuser, für die ein Auslandskredit zur Verfügung gestellt wird, drei bis vier Typen zu schaffen. Dadurch, daß der Auslandskredit aus der Hauszinssteuer verzinst und amortisiert wird, daß also der Hypothekenzins wieder auf 5 bis 6 Prozent herabgedrückt wird, daß weiter dem Steinbau eine angemessene Konkurrenz entsteht, und schließlich dadurch, daß weitgehend von der Normalisierung und Typisierung Gebrauch gemacht wird, läßt sich ganz bestimmt der Wohnungsbau um ein Viertel bis ein Drittel verbilligen.

Nachdem die Hypothekenaufwertung neu geregelt und nur mit 25 Prozent ausgewertet ist, stehen wir gegenwärtig bezüglich der Hypothekengestaltung und der Preisgestaltung im Wohnungswesen vor einem bedeutenden Zeitabschnitt auch für unser wirtschaftliches und soziales Leben. Für die Arbeiter ist nicht das Entscheidende,

daß sie hohe Löhne bekommen — sonst hätte es ihnen ja in der Inflationszeit glänzend gehen müssen —, sondern daß sie sich für ihren Lohn etwas kaufen können.

**Der Aufwand an Miete für die Gestaltung der Lohnpolitik**

spielt also in der Zukunft eine geradezu entscheidende Rolle. So ist der Antrag der Zentrumspartei nicht bloß für die Behebung der Wohnungsnot und damit für die Milderung der Arbeitslosigkeit, sondern überhaupt für die Zukunft unseres Volkes von fundamentaler wirtschaftspolitischer Bedeutung. Wird die Wohnungsnot bei der jetzigen nur 20prozentigen Hypothekenaufwertung und infolge der günstigen Zinspolitik, die der Zentrumsantrag vorsieht, nicht übermäßig in die Höhe getrieben, so spielt das auch für die künftige Lohn- und Gehaltspolitik und für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eine entscheidende Rolle.

Gegenwärtig wird nun gegen das Wohnungsprogramm der Zentrumspartei kräftig Sturm gelaufen. Einmal wird gesagt, daß zur selben Stunde, in der die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen falle, in der also die Mieten steigen müßten, der Wohnungsmangel zum größten Teil automatisch beseitigt würde. Weiter wird dazu bemerkt, es bestehe die Gefahr, daß jetzt Wohnungen an Plätzen erkünder, die später gar nicht benötigt würden. In dieser Deduktion ist manches Wahre. Im Reichstag besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß die Wohnungszwangswirtschaft nicht verewigt werden darf; der

**Abbau der Wohnungszwangswirtschaft**

ist in der Hauptsache ein Streit über das Tempo. Aber beseitigen läßt sich die Wohnungsnot nicht durch eine automatische Steigerung der Mieten. In den letzten elf Jahren ist zunächst der normale Wohnungsbedarf nicht gedeckt worden; weiter sind rund eine Million Menschen aus den Kolonien, vom Ausland, aus den abgetretenen Gebieten — Elsaß-Lothringen, Polen, Obereschlesien usw. — wohnungslos nach Deutschland zurückgekehrt, und dann greift ja die Wohnungsfrage zudem weit über das Gebiet der bloßen Wohnungsnot hinaus. Wir haben gegenwärtig in Deutschland zwei Millionen Arbeitslose. Wir haben Gebiete, in denen, gemessen an der Arbeitsmöglichkeit der Zukunft, zu viele Menschen wohnen; ich erinnere an das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Dort können bei der Verschiebung der Kohlen- und Eisenbahns die Menschen nicht mehr beschäftigt werden. Weiterhin haben wir in Deutschland Gebiete, in denen zu wenig Menschen wohnen. Das preussische Wohnfahrtsministerium ist gegenwärtig daran, eine Reihe Ruhrbergleute an der Saar, im Aachener Revier, eine Reihe junger Bergarbeiterfamilien in den Textilindustriebezirken Hannovers, in Nordhorn usw. anzusiedeln.

Weiter wohnen in Deutschland in vielen Landbezirken zu wenig Menschen, und es ist auf die Dauer ein untragbarer Zustand, daß in Deutschland große Arbeitslosigkeit herrscht und im Resten Tausende von Holländern tagtäglich über die Grenze gehen, um in Deutschland zu arbeiten, und daß im Osten in den Sommermonaten hunderttausende fremdländischer Arbeiter beschäftigt werden. Hier muß

**eine Umsiedlung großen Stils**

erfolgen. Die Landarbeiterfrage ist zu einem großen Teil in Deutschland eine Wohnungsfrage. Für die Massenlager und für die Schütterkajernen im Osten bekommt man natürlich keine deutschen Arbeiter. Wenn man

deutsche Arbeiter in den Bezirken des Ostens ansiedeln will, dann müssen zunächst Wohnungen vorhanden sein, und da zu glauben, daß sowohl die Landwirtschaft wie die Industrie in den nächsten Jahren in Stande wären, diese Wohnungen aus eigenen Mitteln zu bauen, wäre total falsch. Es ist also gar nicht notwendig, daß etwa mit ausländischem Kredit bloß in den Großstädten und ohne nähere Ueberlegung Wohnungen gebaut werden. Das Entscheidende ist, daß das Baugewerbe als eines der Hauptstützgewerbe für die Innenwirtschaft zur vollen Beschäftigung gebracht wird, und daß die arbeitslosen Massen dort angesiedelt werden, wo für diese dauernde Beschäftigungsmöglichkeit sich bietet. Dadurch wird der übrige Wohnungsmarkt ganz von selbst entlastet.

Die Wohnungszwangswirtschaft wird allmählich zum Schlagwort degradiert. So frei und ungebunden wie 1914 wird die deutsche Wohnungswirtschaft überhaupt nicht mehr möglich sein. Auch an der Wohnungswirtschaft geht der verlorengegangene Krieg und der Versailler Vertrag gleich der gesamten Wirtschaft nicht spurlos vorbei. Was hat seinerzeit beispielsweise Stinnes von der Privatisierung der Eisenbahnen in Deutschland erwartet! Und heute wären wir in Deutschland froh, wenn wir den früheren Zustand wieder hätten. Sie haben in den letzten Tagen bei der Beratung des Verkehrssetzungs von den verschiedenen Parteien genug herbe Kritik gehört. Im Jahre 1922 habe ich im Wahlkampf vor Oldenburgern in Landkreisen mehrere Vorträge gehalten. Damals hat in der Landwirtschaft in starkem Maße das Schlagwort von der freien Wirtschaft gegenüber der Getreideumlage grassiert. Ich sagte damals den Oldenburger Landwirten: es wird die Stunde kommen, wo es der Landwirtschaft im Zeichen der freien Wirtschaft sehr viel schlechter gehen wird als im Zeichen der Getreideumlage. Kurz darauf setzte die Inflation mit ihren großen Sprüngen ein. Die Bauern, die heute etwas verkaufen, konnten einige Tage später mit dem erzielten Erlös nichts mehr anfangen. Ich bekam ein halbes Jahr später Briefe aus Oldenburg, in denen es hieß: „Sie haben damals ganz recht gehabt; wir haben heute die freie Wirtschaft, aber heute geht es uns viel schlechter als im Zeichen der Getreideumlage.“

Man kann aber nicht einzelne Zweige der Wirtschaft zur Gesundung bringen, solange die gesamte Wirtschaft krank ist. Das gilt auch für die Wohnungswirtschaft. Wird heute die Wohnungswirtschaft auf allen Gebieten freigegeben, dann bekommen wir zwar an nicht wenigen Plätzen Mord und Totschlag, aber nicht eine einzige neue Wohnung mehr. Gegenwärtig sind ohne großzügiges Eingreifen des Reiches die erforderlichen Mittel nicht aufzubringen, die für den Wohnungsbau, die für die Wirtschaft notwendig sind, und letzten Endes können für die Wirtschaft noch leichter höhere Zinsen aufgebracht werden als für den Wohnungsbau, weil die Belastung für die Wirtschaft eine einmalige ist, während, wenn hohe Zinsen für langfristige Hypotheken bezahlt werden müssen, es sich um eine Dauerbelastung für den Wohnungsbau handelt, so daß man nicht daran denken kann, neben den Mitteln, die der Wohnungsbau erfordert, gleichzeitig auch die für die Wirtschaft erforderlichen Kredite aufzubringen.

Ich sage also nochmals, es wird eine weitgehende Umsiedlung des deutschen Volkes erfolgen müssen. Heute haben weder Industrielle noch Landwirte Geld für die Herstellung von Arbeiterwohnungen. Bei dieser Umsiedlung wird vielmehr weitgehend mit öffentlichen Mitteln eingegriffen werden müssen. Schon daraus geht hervor,

**Hausbau und Wohnungswesen im Altertum**

Von Dr. Wolff

IV.

(Fortsetzung.)

Die römische Wohnung, wenigstens die des wohlhabenden Besitzers, weist auch bereits die verschiedenartigsten und viel mehr Räume auf, als das griechische Wohnhaus, außer den eigent-

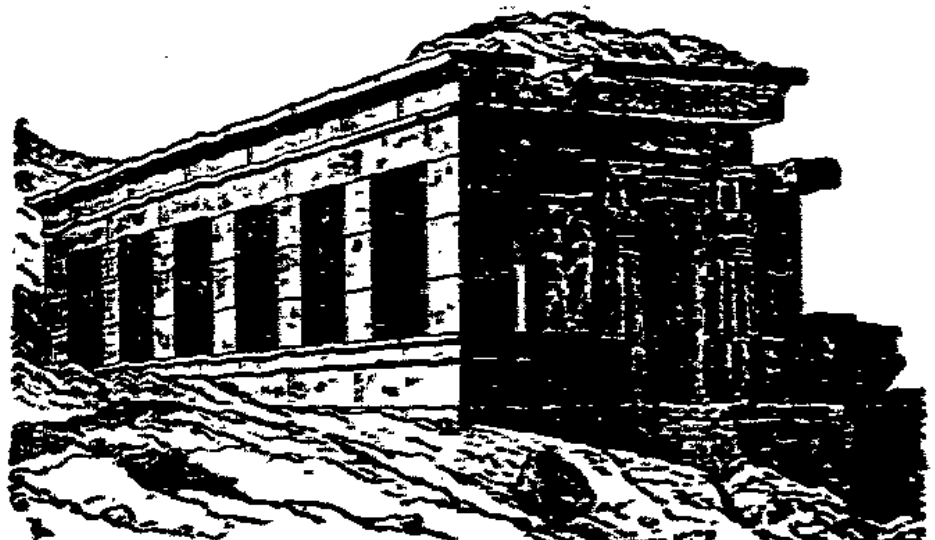


Abb. 11. Tempel zu Ostia (Gemeinbau).

lichen Wohn- und Schlafkammern für die Familie auch Empfangszimmer, Prunkzimmer, Silberaal, Fremdenzimmer usw., Ankleideräume, Boudoir und Alkoven, kleiner Speisezimmer, meistens sogar zwei, eins für den Winter und eins für den Sommer, mehrere Gesellschaftsräume usw. Auch der Straße zu ist oftmals ein Ladenraum gelegen, den der Hausbesitzer entweder vermietet oder selbst zum Betriebe seines Gewerbes benutzte.

Als Materialien für Hausbau und Wohnungszwecke standen den Alten im wesentlichen dieselben Stoffe, dieselben oder doch wenigstens die meisten Stoffe, Holz und sonstige Baumaterialien zur Verfügung, die auch heute noch diesen Zwecken dienen. Eine große Rolle aber trübten die Alten hierbei in der Verwendung edler und teurer Materialien dieser Art. Es kam sehr in den Holzern. Ein hoch-

wertes Baumholz dieser Art war für die Architekten des Altertums das Zedernholz, dessen Wert schon damals wie auch heute noch vor allem in seiner hervorragenden Dauerhaftigkeit und Unverwundlichkeit gegenüber allen unangünstigen äußeren Einwirkungen, gegen Fäulnis und Wurmbiß, bestand, und das besonders bei Fruchtbäumen, wie Feigen, den Wohngebäuden der Herrscher und vornehmen Geschlechter, öffentlichen Hallen und so weiter, in ausgedehnter Weise verwendet wurde, insbesondere für die Anlage von Decken sowie auch zu Vertäfelungen und Verkleidungen. Unter den verschiedenen Arten des Zedernholzes galt das der Libanongebirge als das berühmteste und wertvollste, ein Holz, das schon in der Bibel und ebenso in den Werken griechischer und römischer Dichter und Schriftsteller vielfach erwähnt wird. Damals war noch das weite Land von den Libanon mit mächtigen Zedernwäldern besetzt, die heute infolge des jahrhundert- und jahrtausendlangen Raubhanes, der an den edlen Baumem getrieben wurde, fast völlig verschwunden sind. Aus den Zedern des Libanonwaldes hatte schon König Salomon das Holz zum Tempelbau erwarben, zu welchem Zweck er mit dem Herrscher des Landes in umfangreiche diplomatische Unterhandlungen treten mußte, ehe er die Erlaubnis erwirkte, eine beliebige Anzahl von Stämmen des geschnittenen Holzes fallen und nach Jerusalem schaffen zu lassen; noch heute heißt der Wald auf dem Libanon, der die letzten Reste der ehemals in zahlloser Menge vorlommenden edlen Zeder, etwa 300 bis 400 mächtige Stämme, die auf das sorgsamste gehütet werden, birgt, zur Erinnerung an diese biblische

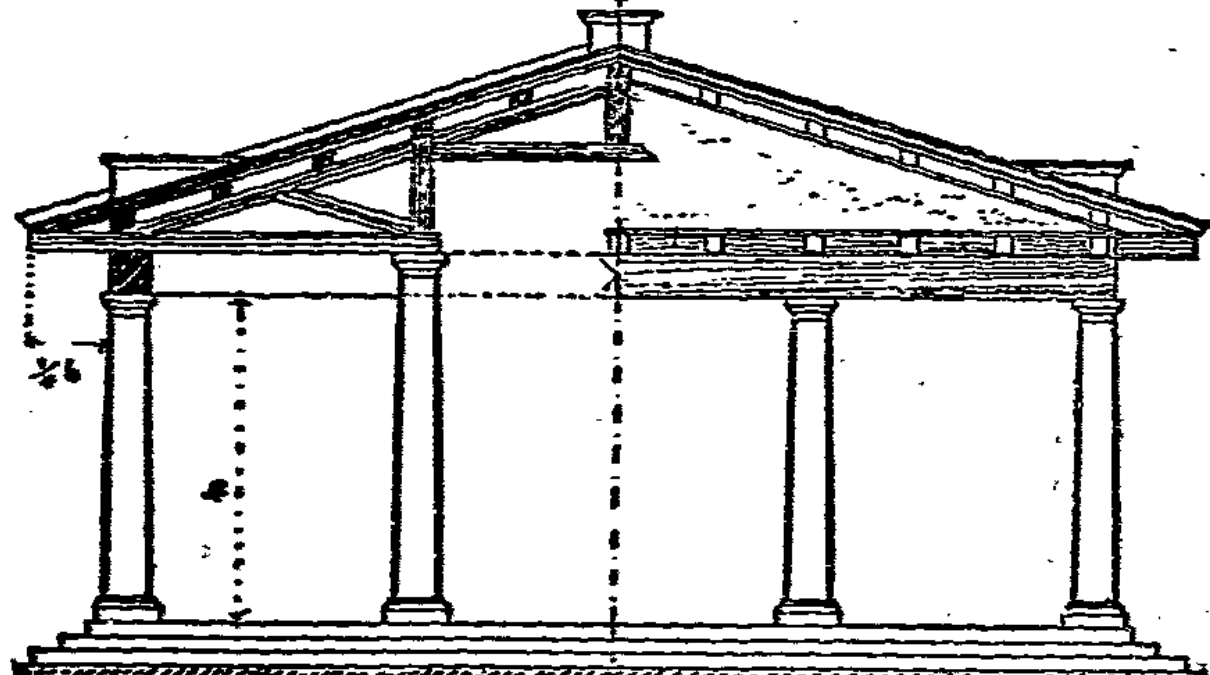


Abb. 12. Griechischer Tempel (Holzbau aus dem 5. Jahrhundert v. Chr.).

ferner auch zur Herstellung von Kästen, in denen wertvolle Dinge, Schmuckgegenstände, kostbare Schriften, Bücher und Urkunden aufbewahrt wurden, woraus sich für hervorragende literarische Werte die Bezeichnung „opus cedro



Abb. 13. Antike Keramik.

Verwendung des trefflichen Holzes Cedromonewald. Griechen und Römer verwendeten das Zedernholz außer für solche wie die erwähnten architektonischen Zwecke auch für Herstellung der Särge für berühmte Leute, seines angenehmen Geruches wegen außerdem auch zu Räucherkerzen, die ja im antiken Hauswesen eine sehr große Rolle spielten. Seiner hervorragenden Dauerhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit wegen verwendete man das Holz

daß die Wohnwirtschaft nicht ohne weiteres (so wie vor 1914 überhaupt in absehbarer Zeit betrieben werden kann.

Schlieflich wird eingemendet, die Wohnungen seien Konsumgüter; was Deutschland heute aber in erster Linie brauche, das seien langfristige Auslandskredite zur Hebung und Steigerung der Produktivität seiner Wirtschaft.

der Innenmarkt belebt werden.

Es muß in der deutschen Wirtschaft der Grundgedanke wieder Allgemeinheit werden: großer Umsatz, kleiner Nutzen, anstatt umgekehrt. Es müssen in deutschen Wolke auch die seelischen Voraussetzungen zur Wiedergeburt geschaffen werden.

Für die Belebung des Baumarktes haben wir so gut wie sämtliche Rohstoffe ausreichend in Deutschland. Wir haben Zement, Kalk, Lehm, Ziegel, Steine, Eisen, Holz usw. genug im Inlande.

Meines Erachtens ist für den Augenblick das Entscheidende, daß der Wohnungsnot und dem Arbeitslosenstand begegnet wird. Beides sind Dinge, die unmittelbar miteinander verbunden sind.

Die Lohnfrage

Wir sprachen hier neulich die Vermutung aus, die Arbeitgeber würden in ihrem Lohnabbaubestreben wohl sämtliche Lohnabkommen zum 31. März kündigen.

Unter den Arbeitgeberverbänden, die durchaus nicht mehr unter den alten Löhnen glauben leben zu können, befindet sich selbstverständlich der Rheinisch-Westfälische Baugewerbeverband.

dignum", d. h. wert in Zedernholz aufbewahrt zu werden, herleitete.

Gleicher Wertschätzung und ganz ähnlicher Verwendung erfreute sich in der antiken Architektur aber auch das Holz der Zypresse, das mit jenem die Eigenschaft größter Dauerhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen Feuchtigkeit, Fäulnis und Wurmfraß teilt.

(Fortsetzung folgt)

Am 20. März 1926 ist der zwölfte Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

Auch der Bayerische Baugewerbeverband geht schwanger mit Lohnabbauplänen und hat deshalb ebenfalls das Lohnabkommen gekündigt. Und zwar sollen die Facharbeiterlöhne in allen Ortsklassen um ungefähr 10 Pfg. in den Großstädten — jedenfalls weil es da billiger ist! — sogar um 12 Pfg. „ermäßigt“ werden.

Table with 3 columns: Klasse I, Klasse II, Klasse III. Rows: Maurer und Zimmerer, Stein- und Kalträger, Bauhilfsarbeiter, Tiefbauarbeiter.

Die eingeklammerten Zahlen sind die jetzt geltenden Löhne. — Also in der Spitze ein Abbau von 34 Pfg.!

zwecks Herabsetzung der augenblicklich geltenden Löhne in unserem Bezirk hat auch der Nordwestdeutsche Arbeitgeberverband f. d. B. (Vorsitzender: Herr E. Behrens) das Lohnabkommen gekündigt.

Wie man sieht, gibt es in dieser traurigen Zeit noch Gemütsmenschen: Auf der einen Seite unsere „Meister“ mit ihren „Hilfslojen“ Vorschlägen, auf der anderen die unorganisierten Berufskollegen mit ihrer Devise: „Sch befomme den Lohn auch so.“

Allgemeine Rundschau

Was ist uns die Gewerkschaft?

Der Altmeister der christlichen Gewerkschaftsbewegung, Kollege Johannes Giesberts, beantwortet diese Frage in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ wie folgt:

- 1. Die Gewerkschaft ist das Instrument zur wirtschaftlichen Besserstellung der Lohnarbeiter, sowohl im Arbeitsverhältnis wie im Staat und Gesellschaft.
2. Die christlichen Gewerkschaften ermöglichen die Verwirklichung dieser Ziele mit Methoden und Mitteln, die nicht die Gegensätze verschärfen, sondern die Möglichkeit der Verständigung und der gegenseitigen Achtung für Arbeiter und Arbeitgeber bieten.
3. Die Gewerkschaft ist das Organ der Tarifgemeinschaft. In der Tarifgemeinschaft kommt die Stellung des Arbeiters als Mensch und Arbeitskraft zur vollen Geltung.
4. Die Gewerkschaft ist der Anwalt nicht nur der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder, sondern in ihr verkörpert sich auch die Standesolidarität und im Ausfluß dessen die gegenseitige Hilfe in Notfällen.

5. Die Gewerkschaft will gemeinsam mit den Arbeitervereinen das Standesbewußtsein wecken und stärken. Sie fördert deshalb die Selbstachtung, das Vertrauen in die eigene Kraft und den Sinn für die Verantwortlichkeit gegenüber dem Staate, der Wirtschaft und nicht zuletzt auch seiner Familie gegenüber.

6. Die Gewerkschaft fördert die Berufsfreudigkeit, das stolze Bewußtsein, in dem großen Organismus der Wirtschaft ein Glied zu sein, das zusammen mit andern Gliedern der Lohnarbeiter für die Wirtschaft selbst und ihren Erfolg unentbehrlich ist.

Die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft stellt mithin für den Arbeiter eine Lebensnotwendigkeit dar, eine Pflichterfüllung gegen sich selbst, gegen einen Stand und gegen seine Familie.

Die Zahl der Erwerbslosen

Die Zahl der Erwerbslosen hat in der zweiten Hälfte des Monats Februar 1926 keine nennenswerte Veränderung ergeben. Zwar ist bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern gegenüber der Zahl vom 15. Februar 1926 eine Verminderung von 1772 338 auf 1 750 757 eingetreten;

Während der Januar eine Zunahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 545 000 gebracht hatte, zeigt für den ganzen Monat Februar die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger eine Abnahme von 23 000, bei den weiblichen eine Zunahme um 49 000;

Aus dem Verbandsleben

Pfalz und Saargebiet. Unser Verband hielt am 4. März in Homburg eine Konferenz ab, zu der die Abgeordneten der Ortsgruppen zahlreich erschienen waren.

Kollege Heber-Kaiserslautern erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Es ist wenig erfreuliches vom vergangenen Jahr zu berichten. Durch die schlechte Wirtschaftslage war das Baugewerbe naturgemäß stark in Mitleidenenschaft gezogen und hatte aus seinen Reihen eine große Zahl Erwerbsloser zu verzeichnen.

Die Löhne wurden im Jahre 1925 für die Pfalz neu geregelt. Der Stundenlohn für Facharbeiter wurde im Monat März von 83 auf 95 Pfg. resp. 80 Pfg. erhöht.

Für abgelassenen Jahre fanden insgesamt 20 Versammlungen statt. Außerdem mußte eine große Anzahl Rechtschulfälle (Zwangslohn, Steuerfragen usw.) bearbeitet werden.

Der Kassenbericht ergab ein wenig erfreuliches Bild. Durch die große Arbeitslosigkeit, Aussperrung im Saargebiet usw. waren die Ausgaben groß und die Einnahmen gering.

festungen zu schaffen, um den Verband lebensfähig zu erhalten, was ohne eine zweite Kraft für den Bezirk Saarbrücken nicht möglich wäre. Der Stamm der alten Mitglieder sei noch vorhanden. Es müsse daher auch dafür gesorgt werden, daß wieder das alte Leben aufblühe, durch erneutes eifriges Werben.

Dann nahm Kollege Schmidt-Berlin das Wort zu seinem Referat über die Reichstärkerverhandlungen. Er legte eingehend dar, warum die Verhandlungen über einen neuen Reichstärkervertrag ergebnislos ausgegangen sind und würdige weiter die Gründe, die zu dem vorläufigen Abkommen über die Lohnregelung in diesem Jahre geführt haben. Die Ausführungen des Redners fanden die Zustimmung der Konferenz.

Koll. Seurich brachte einige Anträge ein, dieselben mündlich begründend. Nach eingehender Aussprache wurden folgende Beschlüsse mit Mehrheit gefaßt:

I.

„Um die Vorbereitung des Verbandes für die Zukunft wirkungsvoller zu gestalten, beschließt die Konferenz: Vom 1. April bis zum 30. Juni 1926 wird in allen Ortsgruppen der Pfalz ein einmaliger Sonderbeitrag zur Stärkung der Bezirkskasse erhoben. Und zwar beträgt der Sonderbeitrag für die Facharbeiter 3 Mark und für die Hilfsarbeiter 2,50 Mark. Für das Saargebiet wird ein solcher von 20 Franken erhoben. Jugendlichen Mitglieder, die unter Tarif entlohnt werden, bezahlen jeweils die Hälfte. Lehrlinge sind befreit.“

II.

„Angesichts der Tatsache, daß das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe allgemein angesehen und in der ökonomischen Betrachtung auch als solches gewertet wird, ist es unbedingt erforderlich, eine Steigerung der Bautätigkeit herbeizuführen. Nur durch eine wesentliche Steigerung der Bautätigkeit wird der deutsche Innenmarkt belebt und der Arbeitsmarkt wesentlich entlastet werden. Die Belebung der Bautätigkeit kann vorwiegend nur durch ausreichende Bauzuschüsse durch die öffentliche Hand herbeigeführt werden. Deshalb fordert die Konferenz, daß die Ertragssteuern der Miets- bzw. Gebäudenutzungssteuer in weit höherem Maße als bisher, mindestens aber mit 10 bis 20 Prozent, für die Baukostenzuschüsse zur Verfügung gestellt werden.“

III.

„Die Ortsgruppen werden verpflichtet, innerhalb des 2. Vierteljahres 1926 eine planmäßige Werberarbeit für den Verband zu entfalten, insonderheit eine Hausagitation durchzuführen. Ueber den Erfolg haben die Ortsgruppen bis zum 5. Juli 1926 Bericht an die Verwaltungsstelle zu erstatten.“

Bezirksleiter Seurich richtete zum Schluß an die Delegierten den warmen Appell, treu für die Verbands Sache zu arbeiten. Er zeichnete in kurz zusammenhängenden Sätzen die großen Aufgaben der christlichen Gewerkschaftsbewegung, und schloß mit einem Hoch auf den christlichen Bauarbeiterverband.

**Verwaltungsstelle Dortmund** (Jahresbericht der Joliere). Unsere Generalversammlung fand am 27. Februar statt. Von der Verwaltungsstelleleitung war der Kollege A. Ernst erschienen. Er sprach über das verfloßene Geschäftsjahr und über die Entwicklung unserer Fachgruppe. Kollege Ernst knüpfte an seinen Ausführungen in der letzten Versammlung an. Damals hatte er uns einen klaren Bericht über das Leben in der Verwaltungsstelle im verfloßenen Jahre gegeben. In Hand des nunmehr vorliegenden Resultates des Geschäftsjahres stellte Kollege Ernst fest, daß wir nicht nur eine merkwürdige Steigerung des gewerkschaftlichen Geistes unter der Bauarbeiterenschaft feststellen können, sondern daß auch die Mitarbeit durch die Vertrauensleute zu den besten Hoffnungen Anlaß gebe. Mit dem Dank an alle Mitarbeiter verband er die Bitte, auch in diesem Jahre ebenso eifrig für die Fachgruppe zu arbeiten wie im verfloßenen Jahre. Interessant waren die Ausführungen über die Reichstärkerverhandlungen. Für uns als Joliere waren von Bedeutung die Anregungen, welche der Kollege Ernst in diesem Zusammenhang für unseren Tarifvertrag herausgab. Anschließend behandelte Kollege Ernst das getrennte Tarifverbot und das vereinigte Schließen aller Berufsgruppen im Verband. Diese Ausführungen fanden bei den Anwesenden vollste Anerkennung. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß es nicht mehr wie früher eines jeden Mitgliedes sei, einen außerordentlichen Opfer zu bringen (Zuschlagsbeiträge), wenn diese im Interesse der Mitglieder geordert werden müssen. Die Diskussion zeigte von einer guten gewerkschaftlichen Einstellung. Zustimmung wurde die Meinung vertreten, daß im Jolieregewerbe auch der letzte Arbeitnehmer der Organisation zugeführt werden müsse. Der alte Vorstand wurde wieder gewählt und durch Auswahl eines weiteren Kollegen vergrößert. Als Mitglieder der Tarifkommission wurden der Kollege A. Jarosch, Hermann Höbner und Wilhelm Lohmann gewählt. Die Generalversammlung sang in das gegenseitige Gelübde aus, im neuen Jahre alle Kräfte einzusetzen, damit bald der letzte unmorgenswerte Arbeitnehmer des Jolieregewerbes unserem Verbande zugeführt wird.

**Verwaltungsstelle Essen** (Jahresberichtsversammlung). Den Jahresbericht gab Kollege Dierich. Ausgehend von den inner- und außerpolitischen Verhältnissen führte er aus, daß wir in weltwirtschaftlicher Beziehung im Jahre 1925 einen guten Erfolg verzeichnen konnten. Es sind wieder Handelsverträge oder Abkommen mit Amerika und einer Reihe europäischer Staaten getroffen. Auch auf sozialpolitischem Gebiete sind, trotz des Kampfes, den die Arbeitgeber gegen die Sozialversicherung führten, manche Verbesserungen erzielt worden. Besonders in der Unfallversicherung tragen Verhandlungen ein, die für das Baugewerbe von großer Bedeutung sind. Es werden heute auch der Weg zur

Arbeitsstelle, die Verwahrung, Inhaftierung, Erneuerung und Beförderung des Handwerkszeuges, auch wenn es Eigentum des Versicherenden ist, mit in die Versicherungspflicht einbezogen. Ferner sind auch die Berufskrankheiten als Unfallfolge anerkannt.

Redner ging dann auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ein und betonte, daß Essen mit ganz besonders schwierigen Verhältnissen zu kämpfen habe. Beherrschend wurde die Bergangehörigkeit durch Krupp und Stinnes. Die Firma Krupp hat die Belegschaft von 44 000 (Friedensstärke) auf 20 000 reduziert, und trotzdem finden noch andauernd weitere Kündigungen statt. Durch die Schwierigkeiten im Sineskongern werden auf den Sineszweigen, wo sonst über 1000 Bauarbeiter beschäftigt wurden, fast keine Arbeiten mehr ausgeführt. In gewerkschaftlicher Beziehung dürfte das verfloßene Jahr wohl als Kampfsjahr erster Ordnung gelten: sowohl die Haupt- wie auch die Spezialberufe mußten sich die Verbesserung der Löhne erkämpfen. Geschlossenheit und Opferwille der Kollegen haben es vermocht, daß wir aus allen Kämpfen als Sieger hervorgegangen. Auch die Lohnabbaubestrebungen der Arbeitgeber im November sind an dem Kampfeswillen der Kollegen gescheitert. Die Konjunkturverhältnisse waren im Frühjahr und Sommer gut. Es wurden 1200 Wohnungen mit Hauszinssteuer und 180 Wohnungen ohne Zuschüsse erbaut. Große Schwierigkeiten machte die Beschaffung der 1. Hypothek. Auch für das Jahr 1926 ist die Beschaffung der 1. Hypothek das Haupthindernis für die Belebung der Bautätigkeit. Die Städtische Sparkasse hat zunächst für 100 Wohnungen die 1. Hypothek bereitgestellt, ebenso hat die Stadtverordnetenversammlung einen Kredit von 1 Million zur Verfügung gestellt, so daß am 15. März diese Wohnungen in Angriff genommen werden können.

Die Einnahmen für die Hauptkasse beliefen sich auf 61 210 Mk., Ausgaben für Streifenunterstützung 20 627 Mk., Krankenunterstützung 4195 Mk., Sterbeunterstützung 639 Mk. Die Einnahme und Ausgabe für die Lokalkasse betrug 24 419 Mk. Neuaufgenommen wurden 931 Kollegen. Uebertritte: 172. Die Baudelegierten- und Vertrauensmännerkationen, die allmonatlich stattfanden, waren gut besucht. Dagegen läßt der Versammlungsbesuch in allen Ortsgruppen zu wünschen übrig. Mit dem Dank an die Kollegen, die im verfloßenen Jahre mitgearbeitet haben und einem Appell, auch im neuen Jahre wieder eifrig mitzuhelfen, schloß der Redner seine Ausführungen.

Den Kassenbericht vom IV. Quartal, der den Kollegen gedruckt vorlag, erläuterte Kollege Kotte. Er bemängelte ganz besonders, daß auch in diesem Quartal wieder niedrige Karten verklebt sind. Es ist notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die statutarischen Beiträge geleistet werden müssen. In den Vorstand wurde an Stelle des Kollegen Deep der Kollege Henkel und für Kollege Hoffmann der Kollege Hagedorn gewählt, im übrigen blieb der alte Vorstand bestehen. Joseph Dierich.

**Jelita** (Oberhiesien). Am 28. Februar fand eine Versammlung statt, zu der auch aus den umliegenden Orten sich Bauarbeiter eingefunden hatten. Obgleich hier nur noch ein Mitglied unseres Verbandes war, ist der Besuch, dank der Rührigkeit unseres Kollegen, sehr zahlreich gewesen. Kollege Dierich-Gleiwitz referierte über die Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeit, die Not der Arbeiter-schaft und ihre Behebung. Die Diskussion war reg, und es kam der Wunsch zum Ausdruck, nach zweijährigem Beiseitstehen wieder in die Reihen des Verbandes zu treten. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Robotta, Karl, 2. Vors. Sobotta, Jeltz, 1. Kassierer Kipler, Paul, 2. Kassierer Ziomber, 1. Schriftführer Soreiter, 2. Schriftführer Kipler, Jsidor. Der Aufforderung des Vorsitzenden, nun auch in den Verband einzutreten, wurde Folge geleistet; 22 Kollegen traten unserem christlichen Bauarbeiterverband bei.

### Polier- und Schachtmeisterbewegung

Der Frühling zieht ins Land, das Herz jauchzt auf vor Freude, des Winters Sorgen sind verbannt, die Arbeit beginnt aufs neue. Troßdem der Baumarkt noch nicht vom rechten Frühlingshauch durchweht ist, müssen wir doch beginnen, neues Frühlingsleben in unsern Verband und namentlich in unsere Sektionen hinein zu tragen. Kollegen, seitdem wir uns in den Sektionen des christlichen Bauarbeiterverbandes zusammengeschlossen haben, müssen wir unsere ganze Kraft für dieselben einsetzen. In meiner mehr als zwanzigjährigen Tätigkeit in der Polierbewegung habe ich immer den Grundgedanken vertreten, daß unser Stand dann nur etwas erreichen kann, wenn wir geschlossen mit den anderen Verbänden der Bauarbeitnehmer zusammenwirken. Darum fort mit aller Eigenbrödelerei, die sich hier und da auch in unseren Sektionen noch zeigt. Wir alle müssen von dem Gedanken durchdrungen sein, daß wir denjenigen, der für uns kämpft und für uns darbt, auch materiell unterstützen müssen. Manche Berufs Kollegen erheben wohl einen hohen Lohn, aber die Beiträge wächten sie möglichst niedrig halten. Es muß von einem jeden Polier und Schachtmeister als Ehrensache empfunden werden, daß wir, wenn die Bauarbeitverbände in opferreichen Kämpfen Lohn- und Gehaltsforderungen für uns erwirken haben, auch unser Teil zu den Kampfschritten beitragen. Und daß die regelmäßigen Beiträge in voller Höhe gezahlt werden müssen, darüber sollte unter ernsthaften Gewerkschaftlern überhaupt keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Vielleicht wird mir ein Kollege entgegenhalten: „Ich bin doch Polier und somit in gehobener Stellung. Was kümmert mich dann der Streit? Wenn du so redst und denkst, lieber Freund, dann gehörst du auch zu denjenigen, die den anderen das Zeit von der

Suppe löffeln. Ich bin mir bewußt, daß der Vorstand des D. B. B. sowie des W. B. darin mit mir derselben Meinung sind, aber sie haben den Mut nicht, dieses ihren Kollegen zu unterbreiten, weil sie fürchten, daß dann ein großer Teil ihrer Mitglieder sie verlassen würde. Vielleicht wird man mir sagen, wir zahlen doch unseren Pflichtbeitrag für die Mitgliedschaft in den Spitzenverbänden. Das genügt auf keinen Fall! Als aufrichtige Männer und Gewerkschaftler können wir uns immer nur sagen: „Wollen wir, daß sich unsere Löhne weiter prozentual auf die Maurerlöhne aufbauen, dann ist es unsere verdamnte Pflicht und Sündigkeit, daß wir unsere kämpfenden Kollegen unterstützen und nicht Gewehr bei Fuß stehen.“ Von Arbeitsgemeinschaft ist heute wieder viel die Rede. Wohlan, möge das Jahr 1926 ein Jahr echter, treuer Gemeinschaftsarbeit zwischen christlichen Polierern und christlichen Bauarbeitern werden! Mögen alle Poliere und Schachtmeister sich sagen: Wer für mein wirtschaftliches Fortkommen sorgt, dem gegenüber habe ich die moralische Verpflichtung, ihn in der Zeit der Not zu unterstützen. J. Leopold, Münster i. W.

### Bau-Rundschau

#### Wohnhäuser aus Stahl?

In dem hier wiedergegebenen Wohnungsbauprogramm der Zentrumspartei ist bekanntlich auch die Forderung enthalten, den Wohnungsbau durch Herstellung typischer Stahlplattenhäuser zu verbilligen. Wir haben diesen Vorschlag damals als ein ausichtsloses Experiment bezeichnet und auf die ungünstigen Erfahrungen hingewiesen, die in England mit dieser Bauweise gemacht worden sind. Die „Weltwirtschaftliche Korrespondenz“ weiß darüber folgende Einzelheiten zu berichten:

„Die englische Regierung macht bekanntlich eine große Propaganda für die Herstellung von Wohnhäusern aus Stahl und hat sogar für den Bau von Musterhäusern erhebliche Subventionen in Aussicht gestellt, anfänglich 50 000 Pfund, wovon keine Stahlhäuser mit bis zu 200 Pfund pro Wohnhaus subventioniert werden sollten. Die Regierung wollte neben der Linderung der Wohnungsnot auch notleidenden Eisen- und Stahlwerken Beschäftigung verschaffen. Vor einem Jahre, als die konservative Regierung den Bau von Stahlhäusern ankündigte, waren es die Baugewerkschaften, die dagegen Stellung nahmen. Damals standen die Stahlhäuser von Lord Weir im Vordergrund. Da Lord Weir den beim Bau der Stahlhäuser beschäftigten Arbeitern nicht die üblichen Tariflöhne der Bauarbeiter bezahlen wollte, war die Baugewerkschaft gegen die Errichtung dieser Stahlhäuser und verhindert auch jetzt noch, wo sie dazu in der Lage ist, den Bau von Stahlhäusern durch Lord Weir. Zudem sind andere Typen von Stahlhäusern, wie Denis-Wild, Telford und Atkol entstanden, unter welcher der erstgenannte von den Gemeinden bevorzugt wird, und die Weir-Häuser wurden vollkommen in den Hintergrund gedrängt. Da die erwähnten Unternehmer betet sind, die Tariflöhne zu zahlen, haben die Bauarbeiter ihren Widerstand gegen die Stahlhäuser vollständig aufgegeben. Dennoch vermag die Bewegung keine Fortschritte zu machen. Es wurde zwar die Erlaubnis für den Bau von etwa 1600 Stahlhäusern gegeben, im ganzen Jahre 1925 wurden jedoch nicht mehr als 51 Stahlhäuser fertiggestellt, und so wurde auch die Regierungssubvention, die erst nach Fertigstellung des Hauses gewährt wird, nicht in Anspruch genommen. Bisher wurden kaum 3000 Pfund an Subventionen ausbezahlt. Die Bauunternehmer führen gegen die Stahlhäuser eine energische Propaganda, aber auch die Auftraggeber, vor allem die Gemeinden, sträuben sich gegen die Neuerung. Ueber Wert und Güte der Stahlhäuser gehen die Meinungen stark auseinander. Nebenfalls sind die Stahlhäuser noch nicht billig genug, um einen wirklichen Anreiz zur Aufgabe der bisherigen Baumethoden zu bieten.“

### Bekanntmachung

Gestohlen ist das Mitgliedsbuch Nr. 210 276. Das- selbe enthält folgende Personalien: Karl Ruske, Maurer, geb. 24. September 1904 zu Dortmund, eingetretener am 13. Oktober 1924 zu Dortmund. Zweckdienliche Mitteilungen erbittet die Verwaltungsstelle Dortmund, Westerblichstr. 64.

### Sterbetafel

Am 21. Februar starb unser treues Mitglied und langjähriger Vorstand, der Maurer **Franz Brand**, im Alter von 55 Jahren nach viertägiger Krankheit an Lungenerkrankung.  
Ortsgruppe **Staden**.

Am 26. Februar starb unser lieber Kollege **Josef Schmidt**, Zimmermeister in Siburg, infolge Blutvergiftung nach sehr kurzem Krankenlager im Alter von 37 Jahren.  
Verwaltungsstelle **Hugsburg**.

Am 1. März starb unser Mitglied **Martin Lang** im jugendlichen Alter von 23 Jahren an Lungenleiden.  
Ortsgruppe **Reipoltskirchen**.

Am 3. März starb unser lieber Kollege **H. S. Emsenheimer** im jugendlichen Alter von 17 Jahren an Lungenentzündung.  
Ortsgruppe **Wesethelm b. B.**  
Ehre ihrem Andenken!